# Journal

## Rauchfrei mit Unterstützung

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer (BÄK) einen Beratungsleitfaden zur ärztlichen Kurzintervention bei Rauchern entwickelt. Damit können Ärzte Patienten, die aufhören wollen zu rauchen, gezielt unterstützen und begleiten. Grundlage für den Leitfaden sind zahlreiche Studien, die nachweisen, dass schon eine kurze gezielte Beratung des Arztes wirksam ist und den Erfolg beim Rauchverzicht fördert. Mit dem Leitfaden sollen Ärzten Wege aufgezeigt werden, wie sie das Thema „Nichtrauchen" aktiv zum Gegenstand des ärztlichen Beratungsgesprächs machen können. Dafür erhalten sie praxisnahe Hinweise und Tipps, mit denen sie ihre Patienten erfolgreich auf dem Weg zur Rauchfreiheit begleiten können. Dazu gehören Anregungen zur systematischen Anamnese des Rauchverhaltens des Patienten, die Darstellung grundlegender Techniken der Gesprächsführung zur Förderung der Änderungsbereitschaft und Beratungsstrategien für unterschiedliche Patientengruppen. Außerdem enthält der Leitfaden eine Reihe an Arbeitsmaterialien und Patienteninformationen, die kostenlos bei der BZgA bestellt werden können. Informationen über Unterstützungsangebote der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, wie zum Beispiel die Telefonberatung zur Raucherentwöhnung oder das internetgestützte Ausstiegsprogramm zum Nichtrauchen, können die ärztliche Beratung ergänzen. Der „Leitfaden zur Kurzintervention bei Raucherinnen und Rauchern" ist kostenlos bei der BZgA erhältlich. Weitere Informationen und Bestellung bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 51101 Köln, oder im Internet über www.bzga.de in der Rubrik „Infomaterialien".

ik/BÄK

## PKV: Verfassungsbeschwerde gegen GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz

30 Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) haben Ende März Verfassungsbeschwerde gegen das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) eingelegt. Sie repräsentieren rund 95 Prozent der Privatversicherten. Die Verfassungsbeschwerde richtet sich gegen die Gesamtheit der Neuregelungen des GKV-WSG, die die private Krankenversicherung mittelbar oder unmittelbar betreffen. Dazu gehören unter anderem der Zwang zur Einführung eines Basistarifs, die Einschränkung des Zugangs zur PKV für Angestellte und das Angebot von Wahltarifen durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Diese Maßnahmen führen in Summe zu erheblichen Belastungen der PKV und überschreiten die Grenze des grundrechtlich Zulässigen, so die Kläger. Der Verband der privaten Krankenversicherung vertritt die Auffassung, dass es noch nie zuvor einen so weitgehenden Eingriff in das Recht der PKV gegeben habe. Zwei der klagenden Unternehmen unterstützen nach eigenen Angaben „je einen ihrer Versicherten als weitere Beschwerdeführer, die gegen die sie betreffenden Regelungen – zum Beispiel auch gegen den steuerfinanzierten Zuschuss allein für die gesetzliche Krankenversicherung – vorgehen". Dem PKV-Verband gehören 48 Unternehmen an, bei denen 28,4 Millionen Versicherungen bestehen.

ik/PKV-Verband

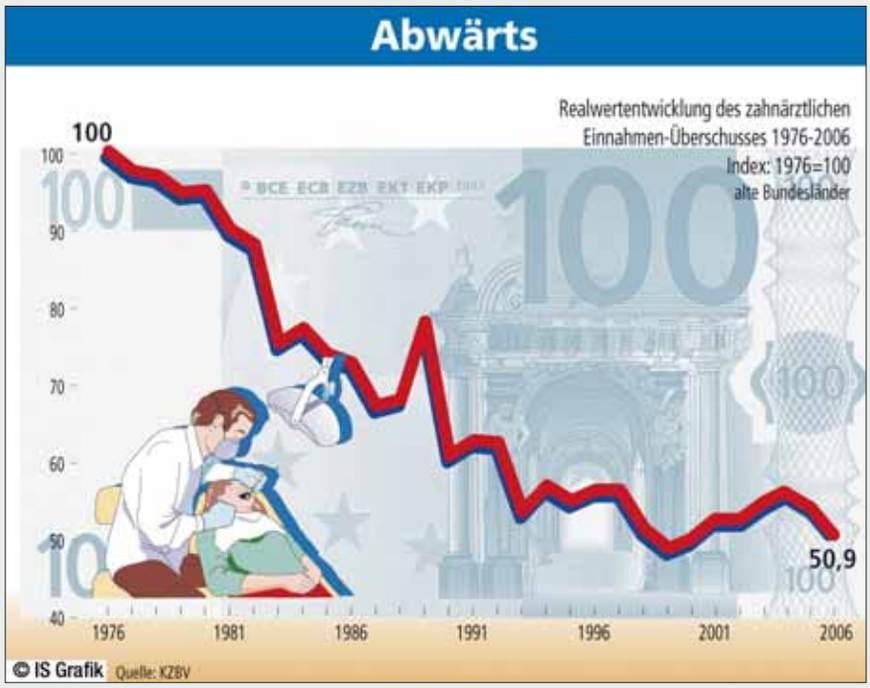
## IDZ: Hygienekosten steigen

Das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ), Köln, bestätigt in seiner neuesten Studie, was Zahnärzte bei der Abrechnung ihrer Praxiskosten jeden Monat zu spüren bekommen: Die Hygienekosten für die Zahnarztpraxis sind in den vergangenen Jahren gestiegen – um rund 85 Prozent. Rund 55.000 Euro gibt eine Einzel-Zahnarztpraxis pro Jahr für Hygiene aus. In einer Gemeinschaftspraxis entfallen auf jeden Praxisinhaber rund 40.000 Euro pro Jahr. Das zeigt die Studie, die das IDZ in Zusammenarbeit mit der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe im Jahr 2006 durchgeführt und Anfang 2008 veröffentlicht hat. In Folge der gesetzlichen Änderungen und Anforderungen sind die Sachkosten demnach um mehr als die Hälfte, die Personalkosten auf mehr als das Doppelte gestiegen. In einer Einzelpraxis setzen sich die Hygienekosten zu rund 58 Prozent aus Sach- und zu rund 42 Prozent aus Personalkosten zusammen. In der Praxisgemeinschaft schlagen die Sachkosten mit rund 53 Prozent, die Personalkosten mit rund 47 Prozent zu Buche. Der Vergleich zwischen Einzel- und Gemeinschaftspraxis zeigt, dass die Hygienekosten insgesamt abhängig von der Praxisform sind. In Gemeinschaftspraxen wird einerseits die Praxisausstattung tendenziell schneller abgenutzt, andererseits entstehen jedoch auch Synergien. Diese führen vor allem zu deutlichen Kostenunterschieden, beispielsweise für Reparaturen, Nachrüstungen, Gebühren und wochenbezogene Personalkosten. Die Studie kann unter www.idz-koeln.de heruntergeladen werden.

lin/IDZ

KZVB

## Gewinn halbiert




Der Einnahmen-Überschuss je Praxisinhaber hat sich real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, in den alten Bundesländern im Jahr 2006 gegenüber 1976 halbiert. Das geht aus dem KZBV-Jahrbuch 2007 hervor. Die realen Einkommensverluste der Zahnärzte sind in der langfristigen Betrachtungsweise gravierend: Während der Einnahmen-Überschuss in den alten Bundesländern im Jahr 2006 nominal nur rund sechs Prozent über dem Niveau des Jahres 1976 lag, stieg in diesem Zeitraum der Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung um zirka 108 Prozent. Daraus resultiert, dass der Realwert des Einnahmen-Überschusses in den alten Bundesländern im Jahr 2006 (auf der Basis des Geldwertes von 1976) mit 51.619 Euro nur noch rund 51 Prozent des Wertes von 1976 betrug. Damals lag der reale Einnahmen-Überschuss bei 102.514 Euro. Im selben Zeitraum sind jedoch die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtem trotz des deutlichen Preisanstiegs real um rund 17 Prozent gestiegen. vo

## Zahnärzte wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die deutschen Zahnärzte sind wichtige Arbeitgeber in Deutschland. Laut KZBV sichern sie rund 383 000 Arbeitsplätze. Im Jahr 2006 seien einschließlich der zahnärztlichen Praxisinhaber rund 283 000 Personen entgeltlich in Zahnarztpraxen beschäftigt gewesen. Darüber hinaus hingen knapp 100 000 weitere Arbeitsplätze direkt von den Zahnarztpraxen ab, beispielsweise in gewerblichen Labors, im Dentalhandel, in der Dentalindustrie oder in zahnärztlichen Körperschaften. Im Vergleich dazu: im Jahr 2006 waren in der deutschen Automobilindustrie insgesamt 750 000 Personen beschäftigt. Der in den deutschen Zahnarztpraxen erwirtschaftete Gesamtumsatz belief sich im Jahr 2006 auf rund 19 Milliarden Euro. Sowohl hinsichtlich des Umsatzvolumens als auch der Beschäftigtenzahl stellt die Zahnärzteschaft einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. vo/KZBV

## Schlechtes Zeugnis für Gesundheitsreform

Ein Jahr nach Inkrafttreten des „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes“ stellen die Bundesbürger der Gesundheitspolitik der Großen Koalition ein schlechtes Zeugnis aus. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Techniker Krankenkasse. Demnach sind nur sechs Prozent der Meinung, die Reform habe positive Auswirkungen auf das Gesundheitssystem. Insbesondere der Gesundheitsfonds schneidet in den Augen der Bevölkerung schlecht ab. Zwei Drittel der Befragten lehnen es ab, dass die Regierung in Zukunft den Beitragssatz allein festlegt. Dass der Fonds zu mehr Bürokratie im Gesundheitswesen führt, meinen drei Viertel der Deutschen. Zweifel haben die Befragten auch an der Langlebigkeit der Reform: 95 Prozent erwarten schon „bald wieder Nachbesserungen oder weitere Veränderungen am Gesundheitssystem“. Kritisch wird von den Bundesbürgern auch der staatliche Zuschuss zum Gesundheitsfonds gesehen. 80 Prozent der Befragten rechnen damit, dass die Politiker den Steuerzuschuss in wirtschaftlich schlechten Zeiten zulasten der medizinischen Versorgung kürzen. Im März hatte Forsa 2000 privat und gesetzlich Krankenversicherte befragt. ho